



Ausschuss für Kommunalpolitik

20. Sitzung (öffentlich)

13. März 2002

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.25 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
Vor Eintritt in die Tagesordnung	1
1 Gesetz zur Errichtung einer Gemeindeprüfungsanstalt	
Gesetzentwurf der Landesregierung	
Drucksache 13/1884	
Vorlage 13/1288	
Zuschriften 13/1303, 13/1333 und 13/1338	1

Der Ausschuss kommt überein, den Punkt auf seiner nächsten Sitzung am 10. April 2002 zu behandeln.

2 Verordnung zur Durchführung des Modellvorhabens "Selbstständige Schule" (Verordnung "Selbstständige Schule" - VOSS)

Vorlage 13/1264

1

Der Ausschuss nimmt nach kurzer Aussprache den vorliegenden und geänderten Verordnungsentwurf - *siehe Vorlage 13/1317* - mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP an.

3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 13/2199

2

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

4 Gesetz zur Erweiterung der Kompetenzen und zur Demokratisierung des Kommunalverbands Ruhrgebiet

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 13/2267

In Verbindung damit:

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 13/2333

6

Der Ausschuss kommt überein, den federführenden Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform zu bitten, die geplante Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zusammen mit dem zu erwartenden Gesetzentwurf der Landesregierung als gemeinsame Sitzung durchzuführen.

5 Gesetz zur Änderung des Landesfischereigesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (Neudruck)

Drucksache 13/2281

6

Der Ausschuss billigt den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Stimmen von SPD und Grünen.

Nächste Sitzung: 10. April 2002

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt der Ausschuss überein, sich an der Anhörung des federführenden Umweltausschusses über den Antrag der CDU-Fraktion "Umweltstandards halten - Gebührenlast der Bürger konsequent senken" - Drucksache 13/1739 - nachrichtlich zu beteiligen und auf eine vom federführenden Ausschuss vorgeschlagene gemeinsame Sitzung zu verzichten. Über die Sachverständigen wollen sich die Obleute des Ausschusses für Kommunalpolitik mit den Kollegen des federführenden Ausschusses in Verbindung setzen.

1 **Gesetz zur Errichtung einer Gemeindeprüfungsanstalt**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/1884
Vorlage 13/1288
Zuschriften 13/1303, 13/1333 und 13/1338

Heinz Wirtz (SPD) bittet für seine Fraktion erneut darum, diesen Tagesordnungspunkt auf die Aprilsitzung zu verschieben, da die Koalition Ergänzungsanträge dazu einbringen wolle und deshalb noch Klärungsbedarf bestehe. - Der **Ausschuss** folgt dem.

2 **Verordnung zur Durchführung des Modellvorhabens "Selbstständige Schule" (Verordnung "Selbstständige Schule" - VOSS)**

Vorlage 13/1264

Vorsitzender Jürgen Thulke leitet ein, die oben genannte Vorlage werde nach Mitteilung der Ministerin mit Vorlage 13/1317 geändert. Der Verordnungsentwurf in der so geänderten Fassung bedürfe der Zustimmung des Schulausschusses, des Innenausschusses und des Ausschusses für Kommunalpolitik.

Josef Wilp (CDU) bezeichnet die vorliegende Verordnung als für seine Fraktion nicht annehmbar. Mit dieser Haltung unterschieden sich die CDU-Mitglieder im AKo nicht von denen im Schulausschuss. "Selbstständige Schule" sei für die CDU gleichwohl ein Thema, aber dann müsste den Schulen auch der entsprechende Spielraum gelassen werden. In einer solchen Verordnung sollte zudem deutlich gemacht werden, dass es um Innovation gehe. Es gebe noch einige Punkte, die bislang mit den Gewerkschaften, etwa die Zuständigkeiten für